Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/828

18. 09. 87

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hauchler, Bindig, Bernrath, Brück, Großmann, Dr. Holtz, Frau Luuk, Frau Dr. Niehuis, Schluckebier, Schanz, Toetemeyer, Frau Matthäus-Maier, Dr. Mitzscherling, Oostergetelo, Dr. Wieczorek, Koschnik, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Zukunftsprogramm Dritte Welt

In der Dritten Welt lebt eine Milliarde Menschen in Armut. 40 Millionen Menschen sterben jährlich an Hunger und Krankheit. Die Not hat sich in vielen Entwicklungsländern in den 80er Jahren verschärft. Gleichzeitig aber hat sich die Schere zwischen Rüstung und Entwicklung immer weiter geöffnet. In den letzten Jahren sind die militärischen Ausgaben drastisch angestiegen. Sie belaufen sich 1987 weltweit auf rund 1 000 Mrd. Dollar. Die von West und Ost aufgebrachten Mittel für staatliche Entwicklungshilfe stagnierten in dieser Zeit jedoch auf einem Niveau von ca. 40 Mrd. Dollar. Berücksichtigt man den Schuldendienst, so fließt heute mehr Kapital von Süden in den Norden als umgekehrt. Die Rüstung bindet riesige Ressourcen und technisches Wissen, die für mehr Brot und Gesundheit, Arbeit und Bildung benötigt werden.

Die entwicklungspolitischen Anstrengungen der Industrieländer sind quantitativ und qualitativ unzureichend. Sie haben bislang nicht vermocht, einen befriedigenden Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt zu fördern. Gleichzeitig gehen von dem unverminderten Anstieg der Rüstungsausgaben in aller Welt immer bedrohlichere Gefahren aus. Deshalb muß ein neuer politischer Vorstoß unternommen werden, um diesen beiden Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten. Eine Wende zu einer neuen, weltweiten Politik der friedlichen Entwicklung ist erforderlich.

In allen Teilen der Welt gewinnt die Einsicht Raum, daß die bisherige Politik in eine Sackgasse führt. Auch wenn die entscheidende Rolle in der Abrüstung den beiden Großmächten, den USA und der UdSSR, zukommt, kann eine international abgestimmte Initiative einen Prozeß in Gang bringen, der in eine Abrüstungsdynamik zugunsten weltweiter Entwicklung mündet. Wir fordern die Bundesregierung auf, für einen solchen Vorstoß in Europa die Initiative zu ergreifen.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Industrienationen des Westens und des Ostens auf, unverzüglich ihre Rüstungsausgaben einzuschränken und dadurch freiwerdende Mittel für ein „Zukunftsprogramm Dritte Welt" einzusetzen. In einem internationalen Dialog müssen konkrete Schritte vereinbart werden, um den Frieden durch Abrüstung und Entwicklung zu sichern. Das „Zukunftsprogramm Dritte Welt" soll die bisherigen Maßnahmen der Entwicklungspolitik nicht ersetzen, sondern durch einen von Ost und West finanzierten und von Nord und Süd gemeinsam verwalteten Sonderfonds ergänzen. Bei einer Verminderung der Rüstungsausgaben von Ost und West um nur 2 v. H. ergäbe sich ein zusätzliches Finanzierungsvolumen von ca. 15 Mrd. Dollar.

2. Um den Aufbau einer neuen kostenträchtigen Bürokratie zu vermeiden, soll das „Zukunftsprogramm Dritte Welt" bestehenden Sonderorganisationen im Rahmen der Vereinten Nationen übertragen werden. Diese verwalten den Sonderfonds, planen und kontrollieren den Einsatz der Mittel im Hinblick auf ihre zielgerechte und wirksame Verwendung. Sie sollen sich der Einrichtungen der bestehenden Entwicklungsbanken bedienen können. Sie berichten einer von nationalen Einflüssen unabhängigen internationalen Kommission, die paritätisch mit Vertretern der Industrieländer (West und Ost) und der Entwicklungsländer besetzt ist. Diese Kommission trifft die Grundentscheidungen über die entwicklungspolitisch sinnvolle Verwendung der Mittel. Sie ist nur an die Ziele und Richtlinien des Zukunftsprogramms, nicht aber an Einzelweisungen von Regierungen gebunden. Die Staaten sind aufgefordert, die Unabhängigkeit, die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit der Kommission zu stützen.

3. Die Fondsmittel können grundsätzlich für alle entwicklungspolitisch sinnvollen Ziele verwendet werden. Die Organe des Fonds sollen die bisherigen Ansätze und Erfahrungen der Entwicklungspolitik überdenken und seine Mittel vor allem dafür einsetzen, daß die innere Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer gestärkt wird und sie aus eigener Kraft die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung befriedigen können. Je nach der besonderen Ausgangslage eines Landes müssen unterschiedliche entwicklungspolitische Schwerpunkte gesetzt werden:

   — Zur Sicherung der Grundbedürfnisse kann der Fonds beitragen, indem er Vorhaben fördert, die auf eine Stärkung der Binnenmärkte im Sinne einer integrierten ländlichen und kleingewerblichen Entwicklung zielen und die Teilhabe der breiten Bevölkerung – insbesondere auch der Frauen – gewährleistet. Die Förderung soll sich insbesondere auf die eigenständige Entwicklung angepaßter Technologie richten, auf die eigene Produktion von Gütern des Massenbedarfs, auf die selbständige Erschließung und Nutzung heimischer Ressourcen und Energie und auf den Schutz der Umwelt. Besonders sollen alle Anstrengungen unterstützt

werden, die die eigene landwirtschaftliche Produktion stärken und die eigene Ernährungsgrundlage sichern.

— Zur Stärkung der Handelspositionen kann der Fonds Programme finanzieren zum temporären Ausgleich starker Exporterlösschwankungen, zur besseren Vermarktung bestehender Produkte, zur Diversifikation der Exportstruktur, zur Förderung des Exports verarbeiteter Produkte und zum gezielten Ausbau insbesondere der regionalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern selbst.

— Für besonders belastete Entwicklungsländer kann der Fonds einen Beitrag leisten, um ihren Schuldendienst so herabzusetzen, daß sie zur Finanzierung entwicklungspolitischer Investitionen und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung fähig sind.

4. Die multinationale Konstruktion des Fonds soll sicherstellen, daß seine Leistungen nicht von außen- und wirtschaftspolitischen Interessen und ordnungspolitischen Vorstellungen der Industrieländer in West und Ost abhängig gemacht werden. Der Einsatz der Mittel erfolgt nach entwicklungspolitischen Kriterien.

Der Fonds unterstützt vor allem jene Länder, die eigene Anstrengungen unternehmen, um einen auf die Bedürfnisse und die Teilnahme der breiten Bevölkerung gerichteten Entwicklungsprozeß zu fördern. Dazu gehören Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, die Verschwendung von Ressourcen, eine gerechtere Vermögens- und Einkommensverteilung und eine Politik, die auf die Verwirklichung der Menschenrechte gerichtet ist.

Der Sonderfonds wählt seine Programme und Projekte nicht nach kurzfristiger Kapitalrentabilität aus, sondern nach ihrem Beitrag zu einem sich selbst tragenden Entwicklungsprozeß. Entsprechend dieser langfristigen Zielsetzung vergibt der Fonds vorwiegend Zuschüsse. Sie sollen je nach dem Schuldendienst und der wirtschaftlichen Ausgangslage eines Landes von Fall zu Fall differenziert werden. Die programmgerechte Verwendung der Mittel muß durch eine sorgfältige Auswahl, Planung, Durchführung und Kontrolle der Projekte sichergestellt werden.

Die Leistungen aus dem Sonderfonds dürfen nicht zur Finanzierung allgemeiner Haushaltsdefizite verwendet werden. Vielmehr sollen die Entwicklungsländer verstärkt Anstrengungen unternehmen, um für nationale Entwicklungsfonds eigene Mittel bereitzustellen.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, aufgrund der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Leitlinien mit den Partnern der Europäischen Gemeinschaft Gespräche aufzunehmen, um eine gemeinsame europäische Initiative „Zukunftsprogramm Dritte Welt" zustande zu bringen.

Eine solche Initiative soll anschließend mit den übrigen westlichen Partnern abgestimmt werden. Sie soll danach auf der Genfer Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen eingebracht und dort zwischen den westlichen und östlichen Industrieländern und den Entwicklungsländern erörtert werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm innerhalb eines Jahres über den Stand und den Fortgang ihrer Initiativen für das Zukunftsprogramm zu berichten.

6. Durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt sollen zusätzliche Mittel in Höhe von zunächst 1 Milliarde DM in einen nationalen Fonds der Bundesrepublik Deutschland eingebracht werden, der dem „Zukunftsprogramm Dritte Welt" als finanzieller Grundstock zur Verfügung steht. Solange der internationale Fonds noch nicht errichtet ist, können diese Mittel der internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) zur Verfügung gestellt werden

Bonn, den 18. September 1987

Dr. Hauchler
Bindig
Bernrath
Brück
Großmann
Dr. Holtz
Frau Luuk
Frau Dr. Niehuis
Schluckebier
Schanz
Toetemeyer
Frau Matthäus-Maier
Dr. Mitzscherling
Oostergetelo
Dr. Wieczorek
Koschnik
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

I.

Unsere Welt weist Widersprüche auf, die immer mehr Menschen unverständlich und unerträglich erscheinen: Während in einigen Teilen der Welt der materielle Wohlstand selbst breiter Bevölkerungsschichten so sehr gestiegen ist, daß man von „Überflußgesellschaften" spricht, verfügt die Mehrheit der Menschen in Afrika, in weiten Teilen Asiens und auch in Lateinamerika kaum über das Existenzminimum. Ein Ausdruck dessen ist, daß drei Viertel der Weltrohstoffe von einem Viertel der Weltbevölkerung, nämlich in den Industrienationen, verbraucht werden.

Der Gegensatz zwischen Überfluß und Not tritt besonders provozierend zutage, wenn Millionen von Menschen in Hungerskatastrophen sterben und gleichzeitig in der Europäischen Gemeinschaft Nahrungsmittel vernichtet werden, wenn selbst in den ärmsten Entwicklungsländern eine kleine Oberschicht über große Reichtümer verfügt, wenn aus Entwicklungsländern mehr Kapital in die Industriestaaten fließt, als sie von dort erhalten. Es ist ein nicht zu rechtfertigender Widerspruch, daß unsere wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Leistungsfähigkeit ständig wächst und dennoch rund zwei Drittel der Menschheit in unmittelbarer Not oder jedenfalls in relativer Armut leben müssen.

Dieser Widerspruch zwischen grenzenloser Not und den großen Fähigkeiten der Menschheit, diese Not zu beseitigen, kommt in der bisher ungebrochenen Rüstungseskalation besonders fatal zum Ausdruck. Dieses gilt, ohne damit Schuldzuweisungen zu verbinden, auch für die Dritte Welt, wo der Rüstungsaufwand oft unmittelbar neben nackter Lebensnot steht. Die Rüstungsspirale löst immer mehr Ängste und Ablehnung aus, weil das Zerstörungspotential immer bedrohlicher wird. Zugleich erscheint Rüstung als sinnlose Verschwendung von Ressourcen, die entschieden sinnvoller für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den ärmeren Teilen der Welt einzusetzen wären. Immer mehr Menschen sind über diese widersprüchliche Entwicklung empört. Sie wollen ein friedvolles Leben in einer Welt, in der es allen Menschen gut geht.

Dieses wachsende Wollen muß politisch mobilisiert und in eine die Grenzen und Blöcke überschreitende politische Bewegung umgesetzt werden. Ihr Ziel ist es, den Frieden durch Abrüstung sicherer zu machen und mit den freiwerdenden Mitteln die Entwicklung in der Dritten Welt zu fördern. Das „Zukunftsprogramm Dritte Welt" soll einen Beitrag leisten, um den Frieden durch Abrüstung und Entwicklung sicherer zu machen.

II.

Die gegenwärtige Ordnung der Weltwirtschaft behindert den Entwicklungsprozeß in der Dritten Welt auf vielfache Weise. Ungünstige Austauschverhältnisse führen zu einem Wertetransfer vom Süden zum Norden. Die Struktur der internationalen Arbeitsteilung legt die Entwicklungsländer, abgesehen von wenigen

Schwellenländern, weitgehend auf die Rolle von Rohstofflieferanten fest. Die hohe Abhängigkeit der industriellen Produktion von Vorleistungen und Kapitalgütern aus Industrieländern erzwingen eine immer stärkere Exportorientierung.

Die Verschuldung vieler Entwicklungsländer im Ausland führt zu zusätzlichen Zins- und Tilgungslasten, deren Finanzierung zu immer größeren Exportanstrengungen zu Lasten der binnenwirtschaftlichen Entwicklung zwingt. Dies verursacht in vielen Ländern schwere soziale Belastungen und politische Destabilisierung.

Neben der Benachteiligung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft liegen viele Ursachen für den mangelnden Fortschritt in internen Strukturen der Länder der Dritten Welt selbst. Zahlreiche Entwicklungsländer haben einseitig auf Urbanisierung und Industrialisierung gesetzt und die ländlichen Räume vernachlässigt. Es kam so zu massiver Landflucht, zum unkontrollierten Wachstum städtischer Zentren mit entsprechenden Versorgungsproblemen, zur Konzentration der finanziellen und wirtschaftlichen Anstrengungen auf moderne Industriesektoren. Vielfach haben wuchernde Bürokratien, überhöhte Militärausgaben, der verschwenderische Konsum reicher Oberschichten und unzureichende Eigenanstrengungen die Entwicklung gehemmt.

Die bisher enttäuschenden Ergebnisse der Entwicklungsanstrengungen können aber die Notwendigkeit einer neuen politischen Initiative für die Dritte Welt nicht in Frage stellen. Nach dem zweiten Weltkrieg gab der Marshallplan wichtige Impulse für den Wiederaufbau Europas und den Aufschwung der Weltwirtschaft. Heute bedarf es im Sinne eines internationalen Solidarpaktes einer umfassenden zusätzlichen Anstrengung für den Aufbau der Dritten Welt: Gegen Hunger und Krankheit, Ausbeutung und Naturzerstörung, Energie- und Rohstoffverschwendung, Unwissenheit und Arbeitslosigkeit, gegen eine Krise, die aus der ungerechten Verteilung des Weltreichtums, aus der Empörung der Armen gegen die Reichen entsteht. Das Zukunftsprogramm unterscheidet sich jedoch grundsätzlich vom damaligen Marshallplan. Es will die Entwicklungsländer nicht in das politisch-wirtschaftliche Ordnungssystem der Industrieländer einbinden, sondern eine Form globaler Zusammenarbeit verwirklichen, die der kulturellen und sozialen Identität sowie der politischen und wirtschaftlichen Selbstverantwortung der Staaten der Dritten Welt entspricht.

Dies bedeutet ein Überdenken der internationalen Wirtschaftsordnung, der entwicklungspolitischen Strategien und der Formen der Hilfe. Eine wirklich breite politische Bewegung zugunsten der Dritten Welt stellt höhere Ansprüche an die Industrieländer und an die Institutionen, die in der Entwicklungspolitik tätig sind. Eine der zentralen Aufgaben muß eine Lösung der Verschuldenskrise und die Verbesserung der Handelsbedingungen für die Dritte Welt sein. Sonst sind die Impulse der Entwicklungspolitik nicht stark genug, um zu einer sich selbst tragenden Entwicklung beitragen zu können.

Eine gemeinsam getragene Anstrengung für die Dritte Welt muß sich auf in sich zusammenhängende Programme statt einzelne bilaterale Projekte konzentrieren. Sie muß die Fähigkeit zur eigenständigen Befriedigung der Grundbedürfnisse fördern. Dies erfordert besondere Anstrengungen in der ländlichen Entwicklung und im kleingewerblichen Produktionsbereich. Die Länder der Dritten Welt müssen ihre eigenen Wege bei der technologischen Entwicklung, der Erschließung und Nutzung eigener Ressourcen und der Erhaltung der Umwelt geben können.

In einer Zeit, in der Nord und Süd, West und Ost durch Kommunikation, Technologie, Rohstoffe und ökologische Zusammenhänge immer mehr zu einer Welt zusammenwachsen, können die Interessen des einen nicht länger auf Kosten des anderen durchgesetzt werden, ohne die eigene Zukunft zu gefährden. Die Frage ist deshalb nicht: Eigeninteresse oder Solidarität. Vielmehr gilt es, die gemeinsamen Interessen an einer stabilen, leistungsfähigen und gerechten Weltwirtschaft zum Nutzen aller in den Vordergrund zu rücken.

Nur wirtschaftlich, sozial und politisch stabile Länder des Südens werden auf die Dauer zu einem friedlichen Ausgleich der globalen Interessen bereit sein. Nur entwickelte Volkswirtschaften sind auf Dauer gute Partner im Welthandel. Nur wenn der Hunger beseitigt wird, ist die Gefahr zu bannen, daß es eines Tages zu Kriegen um Rohstoffe und Märkte kommt. Diesem Ziel dient das „Zukunftsprogramm Dritte Welt".

Ohne weltweite Abrüstung kann der Kampf gegen Hunger und Not nicht gewonnen werden. Ohne Entwicklung ist der Frieden gefährdet. Die von Willy Brandt geleitete „Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen" hat daraus die Konsequenz gezogen, die inzwischen von zahlreichen anderen internationalen Gremien unterstützt wird: Durch Abrüstung freiwerdende Mittel müssen für die Entwicklung in der Dritten Welt verwendet werden. Dies sagen die Vereinten Nationen in ihrer internationalen Entwicklungsstrategie von 1980, die Konferenz der Blockfreien in Neu Delhi vom März 1983, der Rat für gegenseitige Weltwirtschaftshilfe im Oktober 1983 und die Bundesregierung in ihrem letzten entwicklungspolitischen Bericht. Auch die Abrüstungsinitiative der Regierungschefs aus fünf Kontinenten stellt die enge Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung her. Diese Einigkeit in Worten zwischen Ost und West, Nord und Süd, die auch in der UNO-Sonderkonferenz „Abrüstung und Entwicklung" 1987 zum Ausdruck kam, ist eine Chance.

Das geeignete Forum, um hier zu Fortschritten zu kommen, ist die Genfer Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen. Abrüstungsinitiativen von westlicher Seite und die jüngsten Abrüstungsvorschläge der sowjetischen Regierung sind eine Ermutigung, ebenso das Interesse, das mehrere Länder Ost-Europas an einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit dem Westen gezeigt haben. Ansätze dazu gibt es bereits in Gesprächen, die die SPD mit sowjetischen Partnern führt.

Ein solcher Impuls bietet nicht nur Aussichten für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt, sondern eine zusätzliche Chance zur friedlichen Zusammenarbeit der Staaten.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333